

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionssitz: Riesaer Tageblatt Riesa.
Nummer Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudamtschaft beim Amtsgericht mit der
Rat der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Riesa.

Poststedtort: Dresden 150
Postleitzahl: Riesa Nr. 52.

Nr. 16.

Sonnabend 19. Januar 1924, abends.

27. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonntagsausgabe und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, für die Zeit vom 12.-31. Januar 1924 2.20 M. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Verteilens von Produktionsunterstellungen, Schätzungen der Höhe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Summe des Ausgabenwertes sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 25 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftseile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; für 30 mm breite Stellmagnetseile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und lästige Briefe 50%, Aufschlag, keine Tarife. Erwilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug einzogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Ausgaben und Erfüllungsort: Riesa. Aktiengesellschaften und Verleihungen des Betriebes der Deutschen, der Riesaer und der Beförderungsanstalt - hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotation und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Das Ergebnis in der Untersuchung in der Pfalz.

Der englische Generalkonsul Elive hat seine Untersuchung der Lage in der Pfalz beendet und ist, wie nicht anders zu erwarten war, zu dem Ergebnis gekommen, dass die sogenannte autonome Negligenz der Separatisten allgemein abgelehnt und dass die Räne, die durch die Belagung entstanden, nicht beseitigt werden kann. Die Rheinlandkommission wird infolgedessen ihre Anerkennung der Pfälzer Regierung kaum aufrechterhalten können und Herr General de Meix wird wohl über kurz oder lang aus Gesundheitsgründen nach Paris zurückkehren. Ohne doch er dort eines sehr freudigen Empfangs gewiss sein könnte; denn selbst die Pariser Presse fand, dass der General durch seine schamlose Unterwerfung der minderwertigsten Aufreuterlemente Frankreichs bloßgestellt und - was für die französischen Machtpolitiker das Schlimmste ist - durch sein brutales Vorhaben die öffentliche Achtung zu früh auf die französische Oberherrschaftswillkür gewechselt hat. Inzwischen sucht sich General de Meix zu verschiedenen englischen Journalisten und erzählt einem ihm interviewenden englischen Journalisten, dass er in letzter Absicht die "sanfte" Revolution der Pfälzer unterstutzt habe und dass ihm mehrere hundert Pfälzer Gemeinden ihre Genehmigung befunden hätten, sich von Bayern und dem Reich loszureißen. Wie es mit dieser Genehmigung der Pfälzer Gemeinden in Wirklichkeit steht, ist nicht nur von deutscher, sondern auch von englischer und amerikanischer Seite wiederholt vor der Öffentlichkeit festgestellt worden. Die Gemeinden wurden durch die französischen Behörden und die französische Soldateska solange drangsaliert und durch Drohungen eingeschüchtert, bis sie irgend eine Entlastung gaben, die dann von Herrn General de Meix als Voraussetzung zur autonomen französischen Republik angedeutet wurde. Es ist schon so, wie heute selbst das Pariser Blatt "L'Écho" schreibt, katholische und protestantische Geistliche, Gemeindebeamte, Industrielle, Arbeiter und Gewerkschafter, sie alle erklärt haben, dass die Separatisten in der Pfalz niemals hätten nachlassen können und in Speyer und in Landau ihren Doppelstaat hätten wenden lassen können, wenn sie nicht vom General de Meix und seinen Untergangenen unterstützt worden wären. Der in Speyer eingesessene Begrüter Heinrich Orbis hat die Geldmittel, mit denen er die Bewegung gemacht, von Frankreich als Vorwand überwiesen erhalten, und jedes Kind in der Pfalz weiß, dass die sogenannten freien Pfälzer, auf die sich Herr General de Meix stützt, fast ohne Ausnahme vielfach vorbereitet, im ganzen Lande verdeckte Subjekte sind, die ihre Herrschaft nur durch gemietete, mit französischem Geld bezahlte Abenteuerbanden aus aller Herren Länder, insbesondere aus Überseeischen, aufrechterhalten und von Staats und Expreßzügen an friedlichen Bürgern, wie andere Raubüberbanden, ihr Taten freisten. Mit französischem Gelde und gefälschtem Gelände liege sich selbst in Berlin, wenn eine französische Belagung vorhanden wäre, eine antisemitische Bewegung machen, zumal, wenn jede Gegenwehr mit den französischen Bajonetten niedergehalten werde. Was sich in der Pfalz abspielt, ist, wie der Außenminister Stresemann in Hamburg bei der Feier der Reichsgründung treffend sagte, eine Kulturschande, gegen die fast ganz Europa aufzubauen mühte. Nachdem sich England endlich zu einer Kontrolle dieser unwürdigen Verhältnisse aufgemacht hat, kann es bei dem ersten Schritte nicht stehen bleiben. Wir erwarten gerade von dem neuen Arbeitersministerium MacDonalds, dass es dem Treiben der Franzosen in der Pfalz nicht nur einen papierten Protest entgegenstellt, sondern der Förderung des internationalen Unstandes, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit wieder zu ihrem Rechte verhilft.

Elives französische Begleiter.

Der englische Generalkonsul Elive wird bei seinen unerwarteten Angaben über die französischen Offiziere begleitet. Durch Augenzeuge ist festgestellt worden, dass diese französischen Begleiter versuchen, die Wehrherren zu beeinflussen. Während der Vernehmungen der Vertreter der Städte und Gemeinden oder sonstiger Organisationen der Bevölkerung machen sich die französischen Begleiter Notizen über die Auslagen der vernommenen Herren. Die pfälzischen Herren müssen dafür sorgen, dass ihnen später aus ihren Auslagen empfindliche Schädigungen erwachsen. Sie haben sogar mit der Gefahr einer Ausweisung durch die französischen Behörden zu rechnen. Diese Furcht beeinflusst sie natürlich bei einer Vernehmung in Gegenwart französischer Offiziere, und so kann der englische Generalkonsul kaum die Stärke über die Verhältnisse in der Pfalz gewinnen, die der Zweck seiner Mission ist.

Voincarts Reparationsplan.

Paris. Voincarts hat im Verlaufe seiner geistigen Kamerarde Angaben über einen kontruktiven Reparationsplan gemacht, den die französische Regierung ihren Verbündeten unterbreitet hat. Voincarts sagte: Wir verlangen einen Mindestvertrag von 20 Milliarden Goldmark auf die Buchstaben A und B. Die Sachverständigen der Reparationskommission werden nach Abschluss ihrer Arbeiten mitteilen, welche Zahlungen Deutschland nach ihrer Ansicht für die erste Periode zu leisten im Stande ist. Die Reparationskommission wird hierauf entsprechende Beschlüsse fassen und den Vertrag der Jahresleistungen Deutschlands bis zum Jahre 1926 festlegen. Gleichzeitig wird sie sich gewissermaßen, wie weit Anleihen, die durch den Ertrag der ergreifenden Pläne bedient sind, aufzunehmen werden können. Die französische Regierung ist der Ansicht, dass ein Teil dieser Anleihen Deutschland zu seiner Wiederaufrichtung überlassen werden dürfe, doch sie aber zum größten Teil zum Zwecke, der Reparationssumme dienen sollten.

Hochs Tätigkeit in Berlin.

Paris. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat von Hirsch hatte gestern eine mehrstündige Unterredung mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Hirsch wird am Abend der nächsten Woche nach Paris zurückkehren.

Dr. Schacht am Montag vor dem Sachverständigenausschuss.

Paris. Dr. Schacht wird Montag früh hier erwarten. Die erste Unterredung des Reichsbankdirektors mit dem Sachverständigenausschuss ist auf Montag nachmittag 8 Uhr angelegt. In dieser Unterredung sollen zunächst allgemeine Grundfragen, die sich an die deutsche Währungs- und die Grundrechtsfrage anknüpfen, behandelt werden. Anschließend steht der Sachverständigenausschuss mit der französischen Kriegsostenkommission im regen Verkehr und hat dieser einen Fragebogen überreicht, auf den präzise Antworten erwartet werden. Für die erste Sitzung mit Dr. Schacht ist keine feste Tagesordnung vorgegeben.

Dr. Bergmann von Paris abgereist.

Paris. Dr. Bergmann, von dem es heißt, dass er Dr. Schacht begleiten würde, ist bereits vor einigen Tagen hier eingetroffen. Er ist gestern früh wieder abgereist, nachdem er nicht mit dem Ausschluss im ganzen, sondern mit verschiedenen Mitgliedern Unterredungen gehabt hat.

Englische Kohlenkredite an Deutschland.

London. John Hindley von der Mariz-Export- und Handelsgesellschaft erklärte in einer Unterredung, dass die Abmachungen zwecks Gewährung von Krediterleichterungen an gewisse große deutsche Kohlenhäuser jetzt vollendet worden seien. Der Kredit wird in Höhe von 750 000 Pfund Sterling für den Anlauf durch die deutschen Staatsbahnen während der nächsten drei bis vier Monate über etwa 400-500 000 Tonnen Kohle gewährt.

Vom Dresdner Besuch des Reichswehrministers.

Gegenüber unzutreffenden Mitteilungen über den Inhalt der Unterredung, welche der Reichswehrminister Dr. Göring vor einigen Tagen bei seinem Besuch in Dresden mit dem Ministerpräsidenten Heldt hatte, wird von unterrichteter Seite festgestellt: Der Reichswehrminister hat dem Ministerpräsidenten gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass die Reichsregierung und der Wehrkreisbefehlshaber in Sachsen der neuen sächsischen Regierung Vertrauen entgegenbringen. Generallieutenant Müller werde sich daher nach Möglichkeit bei der Ausübung der vollständigen Gewalt zurückhalten. Ministerpräsident Heldt erwiderte, dass ein solches Verhalten für die sächsische Regierung eine erwünschte Unterstützung sein wird. Weitere wesentliche Anlegungen wurden in dieser Unterredung nicht beprochen.

Thüringen und das Reich.

Die Einigung zwischen der Reichsregierung und der thüringischen Regierung wird in Thüringen selbst als der Sohn noch ein völliger Sieg des durch die Entwicklung der letzten Zeit auf schwerste bloßgestellten und abgewirtschafteten sozialistischen Regierungssystems angesehen. Bietet doch die Einführung eines parlamentarischen Unterredungsausschusses nach den bisher gemachten Erfahrungen in keiner Weise eine geeignete Handhabe, um eine Aenderung der völlig einseitig eingestellten Regierungswirtschaft herbeizuführen. Die Weigerung des Bürgerlichen Ordnungsbüros, Mitglieder in den Unterredungsausschuss zu entsenden, ist von der Regierung aus durch die Bevorbering zweier hoher richterlicher Beamten beanwortet worden. Die einzige mögliche Lösung ist noch Ansicht so ziemlich aller nichtsozialistischen Kreise Thüringens die Ernennung eines Reichskommissars, der weitgehende Unterredung, Ueberwachungs- und Exekutivvollmachten besitzt. Sie nicht das Reich selbst in dem thüringischen Schmerzenlande durchreicht, dürfte an eine tatsächliche Aenderung der Verhältnisse nicht zu denken sein. Das Zurückweichen der Reichsregierung hat, wie sich aus verschiedenen Prechäusserungen innerhalb und außerhalb Thüringens erkennen lässt, das sehr erstickte Selbstgefühl der bisherigen Machthaber und ihres Anhanges so gestärkt, dass früher oder später das Reich doch nicht um wirkliche durchgreifende Maßnahmen herumkommen wird, wenn nicht die bürgerliche Ordnung und Sicherheit sowie die Durchführung der Finanzierung ernsthaft gefährdet werden soll.

Der rheinisch-westfälische Generalstreik zusammengebrochen.

Düsseldorf. Dem Deutschen Gewerkschaftsbund wird aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk geschrieben: Der für Rheinland-Westfalen proklamierte Generalstreik ist garnicht zur Entwicklung gelommen. Im gesamten rheinisch-westfälischen Industriebezirk kreisen höchstens fünf Prozent der gesamten Metallarbeiterchaft. In Dattingen liegt die Heinrich-Güte noch null. In Wittenkirchen wurden einige kleinere Betriebe durch Gewaltakte stillgelegt. In allen anderen Orten des Industriegebietes, wie Dortmund, Bochum, Essen, Oberhausen, Mülheim und Duisburg wird gearbeitet. Von einem Generalstreik kann keine Rede sein. In Essen hat selbst die kommunistische Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Fortsetzung der Arbeit aufgefordert. Nur in Düsseldorf und Benrath-Düsseldorf wird die Arbeitsverweigerung fortgesetzt. Die in Benrath-Bildy eingesetzte Kommission, die ins Bildgebiet eintrat,

wurde, um festzustellen, wie die Generalstreikparole befolgt wurde, kam auch mit dem Bescheid zurück, dass nur in Benrath-Bildy und in Düsseldorf gestreikt werde. Sie sei selbst von sozialistischen Betriebsräte-Mitgliedern der verschiedenen Werke aufgeklärt worden, dass ein Streik in der heutigen Zeit ein Unding sei.

Wiesbaden. Neben der Streiklage im Bergbau werden Berichte berichtet, dass in Remscheid und Velbert zahlreiche Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben. In Solingen haben die Transportarbeiter eine Beteiligung am Streik rundweg abgelehnt. In Schwerte dagegen wurde die Arbeit in den Betrieben von Herminghaus u. Co., in den Hamann-Werken, bei Gebhard u. Co. und bei Schleicher u. Lang niedergelegt. In Langenberg griffen Arbeitsschule und Streikende das Oberholzkommando der Schupolizei an, beworfen es mit Steinen und bedrohten es mit Knüppeln. Die Polizei musste von der Schupolizei Gebrauch machen. Drei Personen wurden verletzt. Als die Schupolizei in Remscheid einige junge Burschen schneiden wollte, die der Aufruhr weiterzuwachen, nicht nachzulassen, riefen die Streikenden über die Polizei und Schupolizeibeamten her. Einem Schupolizeibeamten wurde das Seitengewehr entzissen. Die Polizei gab zunächst Schreckschüsse ab und, als diese ohne Erfolg blieben, setzte Schüsse, worauf die Menschen flüchteten. Ein Mann erhielt einen Oberhakenschlag.

Der Reichsjustizminister über die Hypothekenauflösung.

Aus Anlass der Beratung des bayerischen Antrages auf Erlass eines Sperrgesetzes zwecks Vorbereitung der Hypothekenauflösung gab Reichsjustizminister Emminger für die Reichsregierung im Reichsbaudicke des Reichsrates folgende vorläufige Erklärung ab:

Die Entstehung des Reichsgerichts vom 28. 11. 1923 hält eine Auflösung der Hypothekenforderungen unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse von Gläubiger und Schuldner sowie unter Berücksichtigung der öffentlichen Kosten des Grundstückes nach Lage des Einzelfalles für berechtigt. Die Durchführung dieses Grundbades allein der Rechtentwicklung zu überlassen, würde bedeuten, Deutschland in den nächsten Monaten in Millionen von Prozessen zu führen. Auch ein beobachtetes vereinfachtes Verfahren zur Regelung dieser Streitfragen würde für sich allein diesen Gehalt nicht begegnen. Es erscheint daher notwendig ein mehr das Durchschnittliche berücksichtigendes Verfahren anzuschaffen, sowie eine Unterbrechung der bereits zahlreich anhängig gewordene Prozesse herbeizuführen. Bei Berücksichtigung des Durchschnittsfalles wird zu berücksichtigen sein, dass für die Landwirtschaft jetzt schwere wirtschaftliche Verhältnisse entstanden sind, dass der städtische Grundbesitz infolge der Inflation vollständig verarmt und der Wert seiner Anwesen schwer herabgedrückt ist, ferner, dass bereits bisher die dem gesamten Grundbesitz auferlegten erheblichen Steuerlasten zum Teil mit der durch das Papiergeldvolktheit herbeigeführten allgemeinen Entzehrung begründet werden sind. Eine abschlagende soziale Lösung erscheint auch deshalb notwendig, damit nicht aus der Unzufriedenheit neuerliche Verluste für Reich, Länder und Gemeinden entstehen; dies umso mehr, als die Lage der Reichsfinanzen noch wie vor einer äußerst ernste ist. Hierüber kann auch das Scheindau günstige Ergebnis der ersten Steuerfaide des Jahres 1923 nicht hinwegtäuschen. Denn es trafen eine Reihe von Steuerfällen zusammen, die in dieser Steuerfaide zusammen, dass in dieser Steuerfaide keine Gehaltsabzüge an die Beamten und vergleichbarweise nur geringe Überweichungen an die Länder vorzunehmen waren. In Wirklichkeit macht der Überhaupt der ersten Dekade nur etwa den dritten Teil der in der folgenden Dekade fällig werdenen Bevölkerungsabgaben und Überweichungen an die Länder aus. Eine Auflösung der Schuldenverpflichtungen von Reich, Ländern und Gemeinden kommt nach den Grundlagen der reichsgerichtlichen Entscheidung nicht in Frage, da die öffentlichen Schuldner infolge des verlorenen Krieges und der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zahlungsfähig sind.

Vom Aufstand in Mexiko.

London. Wie Neuter aus Houston in Texas gemeldet wird, ist dort ein Angriff eines Petroleumdampfers im Golf von Mexiko aufgegangen worden, der besagt, dass Kanonenboote der mexikanischen Flotte seit 11 Uhr vormittags die Küste von Tampico beschließen.

Ab heute

bis einschl. 31. Januar 1924 beträgt der Bezugspreis für das Riesaer Tageblatt

1 Mark 60 Pfennige

einschl. Bringerlohn frei Haus.

Neubestellungen zur Vermittlung an die Zeitungsboten werden jederzeit in der Geschäftsstelle, Goethestraße 59, angenommen.

Verlag des "Riesaer Tageblatts".